

Reformplattform sieht Europainitiative als möglichen Befreiungsschlag

Die Reformplattform in der SP hat an einem Workshop intensiv über mögliche Auswege aus dem verfahrenen Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU diskutiert. Die von der Operation Libero angestossene Volksinitiative kann ein geeignetes Instrument sein, um den in dieser Sache viel zu passiven Bundesrat zum Handeln zu zwingen.

Der Mitte Juni des laufenden Jahres gegründete Verein Reformplattform. Sozialliberal in der SP Schweiz (RoP) hielt am vergangenen Samstag in Olten einen Workshop ab, welcher prioritär einer Analyse über die verfahrene Europafrage sowie möglichen Auswegen gewidmet war. Nach Inputreferaten von Nationalrat Jon Pult, Vizepräsident der SP Schweiz, Stefan Schlegel, Vorstandsmitglied der Operation Libero, und Nationalrätin Sibel Arslan, Vizepräsidenten der Europäischen Bewegung Schweiz (EBS) erfolgte unter der Leitung von Ständerat und Vorstandsmitglied der RoP Daniel Jositsch eine angeregte Diskussion. Es bestand Einigkeit, dass der Bundesrat im Europadossier die ihm zukommende Führungsrolle nicht wahrnimmt und sich auch die grossen Parteien in den letzten Jahren um die längst notwendige Grundsatzdebatte rund um das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU gedrückt haben. Vielmehr wurde zur Lösung kurzfristiger Probleme auf Sicht geflogen, was letztlich im Mai 2021 zur bekannten Bruchlandung mit dem Rahmenabkommen geführt hat.

Für die RoP ist das aktuell ungeklärte Verhältnis zur EU nicht akzeptabel und gefährdet den Wohlstand, die wirtschaftliche Prosperität und letztlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Schweiz. Zu erwarten ist nicht unbedingt eine sofortige Abwanderung von Unternehmungen und damit von Arbeitsplätzen; vielmehr muss mit einer schleichenden, aber deshalb sehr schädlichen Erosion gerechnet werden. Es wurde auch daran erinnert, dass die Arbeiterbewegung und damit die Sozialdemokratie historisch immer international und solidarisch ausgerichtet war und eine Abkehr der Schweiz von Europa die Arbeitsbedingungen der Menschen in der EU-Ländern nicht verbessert, ganz im Gegenteil. Die Schweiz muss am europäischen Integrationsprojekt aktiv mitwirken und hohe Standards bei den Arbeitsbedingungen, bei der Ökologie und weiteren zentralen Themen einfordern und durchsetzen.

Die anwesenden Mitglieder der RoP zeigten sich überzeugt, dass im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes sowie zur Sicherung unseres Wohlstandes nun dringend die zentralen Fragen unseres Verhältnisses zur EU geklärt werden müssen. In diesem Zusammenhang wird die von der Operation Libero ins Spiel gebrachte und inzwischen von den Grünen Schweiz offiziell unterstützte Volksinitiative als geeignetes Instrument erkannt, um dem in diesem Dossier wenig führungsstarken Bundesrat sowie dem passiven Parlament den dringend notwendigen Druck zu machen und die längst fällige Diskussion zu erzwingen. Die Anwesenden beurteilten den Entwurf des Initiativtextes zwar als noch nicht in allen Teilen vollständig ausgereift und brachten auch konkrete Verbesserungsvorschläge ein (beispielsweise hinsichtlich der Sicherung guter Anstellungs- und Arbeitsbedingungen). Kann der Initiativtext noch in einigen Punkten entlang der

Vorstellungen der RoP optimiert werden, dürfte der formell dafür zuständige Vorstand die Unterstützung in einer noch zu definierenden Form beschliessen.

In einem zweiten Teil des Workshops befassten sich die anwesenden Personen mit Fragen rund um die Arbeitsweise und den Einbezug der Mitgliedschaft des noch im Aufbau befindenden Vereins RoP. Dabei wurde erneut bekräftigt, dass sich die RoP auf Basis der neuen Statuten der SP Schweiz als sog. «Forum» konstituieren und im neu geschaffenen Parteirat Einsitz nehmen soll. Die RoP wird insbesondere auch Positionspapiere zu verschiedenen Themen erarbeiten und sich so organisieren, dass sie an den neu zweimal jährlich stattfindenden Parteitag der SP Schweiz mit Anträgen Einfluss auf die Entscheidungen nehmen kann.

Auskünfte erteilt:

Erich Fehr, Präsident Reformplattform, Tel. 032 326 11 01

Bern, 8. November 2021